

Finanzen & Börse



Das erste Halbjahr wird gut für Euro-Anleihen

Chefanalyst Brezinschek stockt im RZB-Musterdepot Euro-Anleihen auf. **16**

BA-CA-Aktie von Markt-Trends gefangen

Der geringe Free Float verwandelt die Aktie in ein Index-Zertifikat. **13**

Das Recht auf Ihrer Seite

Das neue Chemikalienrecht hat einen erweiterten Anwendungsbereich. **19**



KRIMI Depotbank soll Aufsichtspflichten verletzt haben. Bank-Anwalt bestreitet jegliche Rechtsbeziehung



AMIS Sammelklageverein (v. l.): Anwälte **Lukas Aigner** und **Rainer Maria Kraft**, **Werner Albeseder** (Obmann) und **Franz Kallinger** (AdvoFin)

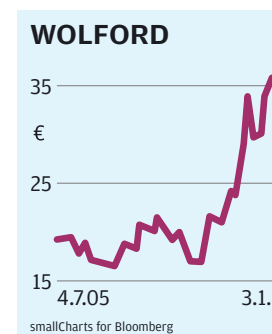
BÖRSE

Wolford gibt 50.000 Stück Aktien frei

Der börsennotierte Vorarlberger Strumpf- und Bodyhersteller Wolford AG verkauft bis zu 50.000 Stück eigene Aktien über die Börse. Das entspricht in etwa einem Prozent des Grundkapitals. Der Grund dafür: die Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, soll das Verkaufsprogramm von 9. Jänner bis 28. Februar 2007 laufen. Der Verkaufspreis wird mit 30 bis 50 € angegeben.

Aktien müssen weg

1998 hatte der Textil-Konzern 50.000 Aktien an Vorstandsmitglieder und Angestellte ausgegeben. Die Optionen, die Wolford diesem definierten Personenkreis einräumte, wurden nicht wahrgenommen und sind im September 2006 verfallen. Der Vorstand ist verpflichtet, die Aktien binnen 18 Monaten zu veräußern (Stichtag: 7. September 2006). Die Wolford-Gruppe beschäftigt derzeit rund 1200 Mitarbeiter. Der Umsatz betrug im ersten Halbjahr 2006 64,7 Millionen € (plus 13,1 Prozent). (oli)



Gestern mit Wohlwollen quotiert: **Wolford-Aktie**

AMIS Sammelklageverein nimmt Sella Bank ins Visier

AMIS-Geschädigte haben beim Handelsgericht Wien die erste Klage gegen die Luxemburger Depotbank der AMIS-Fonds eingebracht. Sie fordern Schadenersatz.

In der Anlageaffäre um die Wiener Finanzfirma AMIS verschärfen die Geschädigten die rechtliche Gangart. Stellvertretend für Tausende AMIS-Opfer haben jetzt acht Anleger eine Verbraucherklage gegen die Sella Bank Luxembourg (früher IBL), die Depotbank der AMIS-Fonds, beim Handelsgericht Wien

eingetragen. Die 30-seitige Feststellungsklage stammt von Anwalt Lukas Aigner (Kanzlei Kraft & Winternitz) und wurde vom AMIS Sammelklageverein, der rund 2700 AMIS-Opfer vertritt, in Auftrag gegeben. Finanziert wird sie vom Prozessfinanzierer AdvoFin um Franz Kallinger.

Schwere Vorwürfe

„Es wird eine Musterklage geführt, in der abgeklärt werden soll, dass die Kontrollpflichten durch die Depotbank in jeder Art und Weise vernachlässigt worden sind und ein Schadenersatzanspruch besteht“, sagt Kallinger. „Es muss hier Klarheit geschaffen werden.“ Nachsatz: „Für die deut-

schen Anleger werden wir in Deutschland klagen.“

Schaden 60 Millionen €

Anwalt Aigner ist der Ansicht, dass die Depotbank gegenüber den Anlegern für die Differenz zwischen dem eingezahlten Kapital abzüglich der künftigen Zahlungen aus der Liquidation der AMIS-Fonds haftet. Insgesamt geht es um knapp 60 Millionen €.

Wie das Wirtschaftsblatt bereits Ende 2005 berichtete, listet Wirtschaftstreuhänder Martin Wagner, der von der Finanzmarktaufsicht bei AMIS als Regierungskommissär eingesetzt war, in seinem Prüfbericht schwere Vorwürfe gegen die Depotbank auf:

- Die Depotbank hätte sich vergewissern müssen, dass der Treuhänder TFA, dem die Luxemburger Finanzaufsicht untersagt hatte, Gelder entgegenzunehmen, seinen Aufgaben korrekt nachkommt.

- Der Bank muss bewusst gewesen sein, dass TFA niemals von AMIS unabhängig war. Im TFA-Verwaltungsrat sassen AMIS- und Bank-Mitarbeiter.
- Die Depotbank hätte die Fondsauszahlungen direkt an die Kunden überweisen müssen. Die Auszahlungen wurden von AMIS übernommen.

Laut Klage hat die Sella Bank „in aussergerichtlichen Korrespondenzen jede Verantwortung von sich gewiesen“. „Die haben gesagt, un-

sere Mandanten sind dort nicht bekannt und es gibt keine Rechtsbeziehung“, sagt Anwalt Aigner. „Dabei haben wir einen Anleger herausgegriffen, der 1,6 Millionen € direkt überwiesen hat und haben die Kontounterlagen übermittelt.“ Sella-Anwalt Christoph Petsch konterte in einem knappen Schreiben: „Der alleinige Umstand der Einzahlung von Geldbeträgen auf Konten der Depotbank der beiden Sicav AMIS Funds und Top Ten Multifonds rechtfertigt nicht die Annahme, dass dadurch auch eine Rechtsbeziehung zu unserer Mandantin entstanden ist.“

KID MÖCHEL
k.moechel@wirtschaftsblatt.at

HANDYBRANCHE Allerletzte Frist für Kaufanbot verstrichen - Werksliquidation erschwert Restrukturierung in Österreich Letzter Hoffnungsschimmer für BenQ Mobile verglüht

Für die insolvente deutsche Handyproduktion von BenQ Mobile ist am Mittwoch die allerletzte Hoffnung geschwunden, doch noch irgendwie weitermachen zu können: Gestern, 12 Uhr, verstrich die unumstößlich letzte Frist für einen möglichen Kaufinteressenten, der Teile des Unternehmens hätte weiterführen können. Die Insolvenz wurde bereits am Dienstag angemeldet.

Kein einziges Anbot

Laut Insolvenzverwalter Martin Prager sei „kein einziges Kaufanbot“ eingelangt, obwohl er seit Anfang Oktober mit rund 100 Interessenten gesprochen und mit 31 „intensiver“ verhandelt habe. Ge-

scheitert seien die Gespräche hauptsächlich an der Frage, wieviel Umsatz mit einer zukünftigen Handyproduktion zu erzielen sei.

Nun müsse das vorhandene Vermögen der BenQ Mobile „im Interesse der Gläubiger“ verwertet werden. Die BenQ-Zentrale in München und der Fertigungsbetrieb in Kamp-Lintfort werden stillgelegt. 91 Prozent der 3000 Mitarbeiter sind in eine Transfergesellschaft übertragen worden, die von Siemens finanziert wird, und erhalten von dieser noch „maximal“ ein Jahr lang ihren Lohn.

Für die österreichische BenQ Mobile CEE samt ihrer Osteuropa-Verantwortung sind die Überlebenschancen



BenQ Mobile-Insolvenzverwalter **Martin Prager** bleibt nur mehr die Resteverwertung

damit weiter gesunken. Die sieben Ost-Niederlassungen und die Schweiz-Tochter wurden geschlossen. Der Plan, in Zukunft No-name-Handys aus deutscher Ex-BenQ-Produktion zu vertreiben, kann abgehakt werden. Ein anderes Szenario – der Fortbestand als Vertriebsarm der taiwanesischen BenQ Mobile für Mittel- und Osteuropa – wird nun dadurch erschwert, dass mit der deutschen BenQ Mobile auch die bisher dort gewährten Service- und Garantieleistungen wegfallen. Einen überzeugenden Businessplan muss BenQ Mobile CEE-Chef Josef Forer am 30. Jänner vorlegen. An diesem Tag findet, wie berichtet, die erste Ausgleichstagsatzung statt. (amb)